bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 20 | 28. September 2007

Rechte Szene 2

„Anti-Islam“-Partei
Die Bürgerbewegung „pro NRW“ will stärkste Formation rechts der Union werden und nimmt Kurs auf den Landtag.

Braunes Schmierentheater
Die NPD eröffnet den Wahlkampf in Niedersachsen – beim Thema Gewalt wiegelt die Parteispitze ab.

Stabwechsel
Die rechtsextreme Zeitschrift „Volk in Bewegung“ liegt in den Händen von NPD-Funktionären.

Ausland 6

Kampf um die weiße Rasse
Das Gesicht der extremen Rechten in den USA hat sich verändert. Die bisher dominierenden Parteien haben an Einfluss verloren. bnr beschreibt die Entwicklung und Neuorientierung der Szene. (Teil I)

Schwarze Miliz
„Ungarische Garde“ will das „seelisch wehrlose“ Land verteidigen.

Seitenblick 8

Einigende Feindbilder
Islamismus und Rechtsextremismus: Gemeinsamkeiten und Abgrenzung

Grauzone 9

Faktenverdrehung
Die „Junge Freiheit“ stellt die Politik der Familienministerin Ursula von der Leyen in die Tradition des Nationalsozialismus.

Allianz der Gottesfürchtigen
Die erzkonservative Partei Bibeltreuer Christen bereitet Zusammenschluss mit Gleichgesinnten vor.

Demokratische Initiativen 11

Einblicke mit Hintersinn
Gedenkausstellung: Willy-Brandt-Haus zeigt zwei Fotoreportagen von Henry Ries.

Meldungen 12

Rechte Szene

„Anti-Islam"-Partei

Die Bürgerbewegung „pro NRW" will stärkste Formation rechts der Union werden und nimmt Kurs auf den Landtag.

Der (Wähler-)Markt für eine antiislamische Partei ist vorhanden. Seit Jahren registriert das Team um Wilhelm Heitmeyer in seinen Untersuchungen über „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" einen kontinuierlichen Anstieg der Islamophobie. Unter diesem Begriff fassen die Forscher des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung die Ablehnung und Angst vor Muslimen, ihrer Kultur und ihren politischen und religiösen Aktivitäten. Die Angst vor einer „Überfremdung" ist demnach seit 2003 von 31 auf 39 Prozent gestiegen. Anderen Untersuchungen zufolge unterstellen 60 Prozent der Bevölkerung Muslimen eine Sympathie für Terroristen.

Es gibt also genügend Anknüpfungspunkte für rechtspopulistische Formationen mit ausdrücklich antiislamischer Zielsetzung. Am weitesten vorangeschritten beim Versuch, eine solche Formation aufzubauen, sind die Initiatoren von „pro NRW". Sie sind seit Jahresbeginn dabei, ein Netzwerk von „pro"-Formationen im größten Bundesland aufzubauen. Bisher ist dies vor allem im Rheinland und in einigen Städten des Ruhrgebiets gelungen. Aus dem eingetragenen Verein „pro NRW" wurde am 9. September eine Partei – eine „landesweite Regionalpartei", wie „pro NRW" betont. Die Ambitionen gehen über die Teilnahme an den NRW-Kommunalwahlen in zwei Jahren hinaus. „Eine Kandidatur bei der Landtagswahl 2010 steht bereits jetzt fest, wenn wir bei den Kommunalwahlen 2009 in unserer Hochburg Köln und in weiteren ausgewählten Schwerpunktgebieten deutliche Erfolge erzielen können!", erklärte ihr Vorsitzender Markus Beisicht, der auch an der Spitze von „pro Köln" steht, beim Gründungsparteitag. Dass es 2009 solche Erfolge geben wird, daran hegt man bei „pro NRW" offenbar keine Zweifel. Die Pressemitteilung über den Parteitag ist jedenfalls mit der Überschrift „Bürgerbewegung pro NRW nimmt Kurs auf den Landtagseinzug 2010!" versehen. Einer der Gründe für die Umwandlung zur Partei waren die Finanzen. Man will steuerlich abzugsfähige Spendenquittungen ausstellen können. Der als „pro NRW"-Generalsekretär gewählte Markus Wiener: „Darauf warten bereits viele potenzielle Spender."

Dabei setzen die Rechtspopulisten rund um Beisicht und seine Stellvertreter Kevin Gareth Hauer (Gelsenkirchen), Daniel Schöppe (Dormagen), Manfred Rouhs (Köln) und Dieter Danielzick (Troisdorf) voll auf antiislamische Stimmungen. „So wie in Köln werden wir in ganz Nordrhein-Westfalen gegen Moscheebauten, Minarette und Muezzin-Ruf mobil machen", kündigte Beisicht an: „Pro NRW wird die Anti-Islam-Partei werden!" Zugleich will sich die Truppe – hervorgegangen aus „pro Köln", das im aktuellen NRW-Verfassungsschutzbericht nach wie vor im Kapitel Rechtsextremismus geführt wird – als demokratisch sauber präsentieren. Wer als Mitglied aufgenommen werden will, muss sich per Unterschrift ausdrücklich „zu den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland" bekennen.

„Pro NRW" ist sich offenbar bewusst, dass Neugründungen auf dem rechten Flügel des Parteienspektrums Querulanten, Sektierer und Spinner anziehen wie die Motten das Licht. Um solchen Gefahren vorzubeugen, sind Führungspositionen und andere wichtige Posten der neuen Partei überwiegend mit erfahrenen „pro Köln"-Mitgliedern besetzt: neben Beisicht der Mitarbeiter der „pro Köln"-Ratsfraktion Markus Wiener als Generalsekretär, die Fraktionsvorsitzende Judith Wolter als Schatzmeisterin, Ratsmitglied Bernd M. Schöppe als Landesgeschäftsführer und Volker Jung, Bezirksvertreter im Stadtteil Mülheim, als Präsident des Schiedsgerichts. Sogar bei den Rechnungsprüferinnen wurden mit Gabriele Beisicht und Marylin Anderegg zwei Frauen aus den Reihen von „pro Köln" gewählt.

Zunächst einmal will „pro NRW" die Konkurrenz rechtsaußen abhängen. Gelingen soll dies mit einer „Anti-Islam-Kampagne", die in diesem Herbst starten und „bis weit ins Jahr 2008" laufen soll. Wiener: „Die alten Rechtsformationen haben gerade in NRW in den letzten Jahrzehnten kaum etwas bewegt und verharren landesweit im Nullkomma-Bereich." Mit der Kampagne wolle „pro NRW" landesweit bis spätestens Ende 2008 „zur stärksten Formation rechts der Union in Nordrhein-Westfalen" werden. *Tomas Sager*

Braunes Schmierentheater

Die NPD eröffnet den Wahlkampf in Niedersachsen – beim Thema Gewalt wiegelt die Parteispitze ab.

Ausländerhetze, Feindbild Judentum und „Deutschland, Deutschland über alles“ – die Themen bleiben beim Wahlkampfauftakt der NPD in Niedersachsen die alten, nur der PR-Auftritt der Neonazis ist geschickt verbessert worden. Dafür hat die NPD alles, was Rang und Namen hat in der braunen Szene, am Samstag, den 15. September 2007 in die Eilenriedehalle im HCC in Hannover bestellt. Während der Wahlkampf in Hessen Anfang nächsten Jahres eher stiefmütterlich behandelt und Hamburg den „Freunden von der DVU“ überlassen wird, will die NPD in Niedersachsen, dem „Stammland“ ihrer Partei, mit „6 plus x“ der Stimmen in den Landtag einziehen.

Über einen abgelegenen Hintereingang wurden die rund 600 NPD-Anhänger in die Halle geschleust. Viele ältere Menschen besetzten sofort die Stuhlreihen, die Sitzplätze reichten bald nicht mehr. Vor der Halle skandierten ein betrunkener Skinhead und zwei Mädchen den Hitlergruß. Ehemalige zutätowierte Skins hatten sich in neue karierte Hemden geworfen, einige trugen Anzüge. Der langjährige Northeimer Kameradschaftsführer Thorsten Heise rauschte im weißen Mantel heran. Über der Tribüne prangten schlicht das Niedersachsen-Ross und die Parole: „Sozial geht nur national“. In der linken Ecke der Halle bauten unter anderem die „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ und die „Bürgerinitiative für Zivilcourage Wolfsburg“ ihre Werbetische auf. Pressevertreter wurden vom NPD-Ordnungsdienst in Schach gehalten. Immer wieder Schubsereien, Beleidigungen und auch mal ein Schlag in die Kamera. Auf Beschwerden winkte NPD-Spitzenkandidat Andreas Molau mit Unschuldsmiene ab: „Wir dulden hier keine Gewalt“ und verzog sich wieder.

Die umstrittenen Vertreter des so genannten „Black Block“, autonome Nationalisten aus Dortmund, Essen und Hamm, zogen sich vermummt mit schwarzen Fahnen und Transparent in eine Ecke der Halle zurück. Sie tauten erst aus ihrer Erstarrung auf, klatschten zurückhaltend, als neben Molau auch NPD-Bundeschef Udo Voigt die zuvor verkündete Ausgrenzung durch die Bundespartei ausdrücklich aufhob und den „Black Block“ zur Unterstützung des NPD-Wahlkampfes begrüßte. „Wir brauchen jeden Mann und jede Frau“, fasste später der Anführer der Freien Nationalisten in Niedersachsen, Dieter Riefling, die neue Haltung zusammen. Es wurden Hände geschüttelt und wichtige Leute begrüßt. Der Hamburger Christian Worch wirkte busy, aber verloren. Seine Rolle im Wahlkampf blieb unklar. Aus Sachsen reiste neben einigen Landtagsabgeordneten und Parteistrategen auch NPD-Chef Holger Apfel mit seiner Freundin Jasmin Langer an. Langer, im weißen Dirndl, unterstützt mittlerweile die GDF, gehörte aber bis zu ihrem Umzug der „NPD-Frauengruppe Hannover“ an. Thomas Rackow, verurteilter Rädelsführer der offiziell verbotenen „Skinheads Sächsische Schweiz“, fotografierte eifrig. Die Berliner Gruppe um Jörg Hähnel trug rote Shirts und unterstützte die Organisatoren der Veranstaltung um Wahlkampfleiter Stefan Köster aus Mecklenburg-Vorpommern. Auffällig viele Kameradschaftsaktivisten aus dem „Sozialen und Nationalen Bündnis Pommern“ (SNBP) schienen in Hannover an unsichtbaren Fäden zu ziehen.

Autonome Nationalisten sind nicht mehr ausgegrenzt

Der Kandidat Nummer zwei auf der Wahlkampfliste in Niedersachsen, NPD-Neumitglied Friedrich Werner von der Schulenburg, dagegen wirkte noch orientierungslos. Brav harrte er neben Molau in der vordersten Stuhlreihe aus, bis er seinem neuen Wahlvolk vorgestellt wurde. Mit der Ernennung des Juweliers und passionierten Jägers aus Hameln ist es der NPD gelungen, viele ältere Anhänger aus den Reihen der Deutschen Partei sowie der Republikaner einzubinden.

Zu lauten Klängen und einem inszenierten Einzug der Parteispitze mit Fahnen und Gefolge wurde der Wahlkampfauftakt der Partei offiziell gestartet. Nach Peter Marx und Udo Voigt durfte der 39-jährige Andreas Molau ans Mikrophon. Molau gilt als intellektueller Hoffnungsträger der Partei, aber interne Anerkennung muss sich der ehemalige Waldorflehrer erst erkämpfen. Geschickt verkündete Molau: „Wir werden uns allen sozialen Themen stellen. Wir werden für Arbeitsplätze bei VW und für Arbeitsplätze bei MAN kämpfen.“ Seiner Meinung nach hätte die SPD den „sozialen Gedanken längst verraten“. Lauter Applaus, als Molau dann „getrennte Schulklassen für Deutsche und Ausländer“ forderte und „wir wollen ein deutsches

Niedersachsen". Den deutschen Straftätern in den eigenen Reihen unter anderem aus den Reihen der „Nationalen Offensive Schaumburg" rief er die Chance auf Resozialisierung zu. Der Vorsitzenden des Zentralrats der Juden drohte er dagegen: „Ihre Religionsgemeinschaft, Frau Knobloch, ist hierzulande ohnehin überprivilegiert. Ich versichere Ihnen: Wenn die NPD die Richtlinien der Politik in Deutschland bestimmt, dann können Sie diese Sonderbehandlung vergessen!"

Martialisches und selbstbewusstes Auftreten hatten Molau, Voigt und Peter Marx bereits bei der Pressekonferenz bewiesen. Smart und höflich verkündeten sie ihre gefährlichen Thesen. So seien getrennte Klassen für Ausländer nötig, damit deren Sprachkenntnisse gefördert werden könnten, hieß es scheinheilig. Auf die Frage, ob der Holocaust thematisiert werden solle, antwortete Molau ausweichend, „man müsse die Geschichte kritisieren dürfen". Seinen ehemaligen Arbeitgeber, die „Junge Freiheit" tat er dabei als „Weichspüler" ab. Eine spezielle Zielgruppe in Niedersachsen seien die vielen angesiedelten Russlanddeutschen. „Das sind Deutsche", so Voigt, auch wenn es mit den Sprachkenntnissen hapere. Die angesprochene Resozialisierung für eigene Gewalttäter gelte bedingt auch für ausländische Straftäter, nur solle diese Phase dann „in deren Ländern" stattfinden. Auf die kritische Frage eines Journalisten, warum es denn nötig sei, die Pressekonferenz von NPD-Ordnern umstellen zu lassen, die auch noch jeden Einzelnen abfotografierten, setzten Molau und Marx erneut einen Unschuldsblick auf. „Das ist mir noch gar nicht aufgefallen", hieß es. Voigt lächelte verschmitzt. Braunes Schmierentheater, mit gefährlicher Ausstrahlung.

„Im Landtag werden wir für neue Zeiten sorgen"

Als weibliche Repräsentanten wurden Doris Zutt aus Hessen und Liedermacherin Annett Müller begrüßt. Die Rede von Dieter Riefling hatten viele gespannt erwartet, doch der ehemalige „Blood&Honour"-Aktivist gab sich gemäßigt. Der verurteilte „Freie" Nationalist", der als Direktkandidat der NPD antritt, stotterte: „Im Landtag werden wir für neue Zeiten sorgen!" Ein Vertreter des „Stammtischs Nord" der „Freien" sprach ein paar Worte und der junge Patrick Kallweit aus Vienenburg im Harz erklärte das Wahlkampfprogramm der NPD.

Da war es mit der Disziplin der jüngeren Anhänger allerdings vorbei. Viele erhoben sich von ihren Sitzen und strömten zur Wurstbude. Bei „Deutschländer" und Wasser wurden interessantere Themen besprochen. Liedermacher Jörg Hähnel aus Berlin zog vor allem ältere Semester an. Bei ihm hieß es unter anderem: „Wir führen nicht nur einen Wahlkampf, wir führen einen Kampf um den Bestand, um die Ehre und um die Größe unseres Volkes".

„Den nationalen Widerstand fürchten"

Richtig Stimmung kam zum Ende der Veranstaltung auf, als Udo Pastörs, NPD-Fraktionsführer im Schweriner Landtag, überraschend ans Rednerpult trat. Es sei ein „Wahlkampf und keine Wahlfeier!" tobte er laut. In banaler Manier hatte Pastörs Ausländer und Globalisierung als Ursprung allen Übels ausgemacht. Seine Parolen kamen an. Pastörs zufolge „plündere" das internationale Kapital „gezielt und systematisch" im Rahmen einer „wahnwitzigen Globalisierung unsere Wirtschaft aus" und „auf der anderen Seite", wetterte er weiter, sorgten „Ausländer dafür, dass unsere Sozialsysteme fertiggemacht" würden, deshalb sei es „unsere Aufgabe diese Banditen, die das zu verantworten haben, fertig zu machen!" Offen kündigte Pastörs an, man müsse „präzise ausprobieren", welche Gruppen „sich vor einem nationalen Widerstand zu fürchten haben" und welche Menschen „den nationalen Widerstand lieben". Die Bundeswehr im Auslandseinsatz nannte der selbsternannte NPD-Tribun „Söldnerheer", er verkündete: „unsere Wehrmacht wird in dem Moment nur für deutsche und nationale Interessen" eingesetzt, „unsere jungen Männer werden nur für deutsche Interessen sterben müssen, wenn wir die Macht haben!" Mit lauten Stakkato-Sätzen steigerte er sich von Punkt zu Punkt mehr in seiner Rede: „Die Zeit ist längst reif, aus dieser defensiven Aggression eine politisch offensive Aggression zu machen!"

Standing Ovations. Dann folgten die drei Strophen des „Liedes der Deutschen". Die Hände dabei salbungsvoll an die Brust gedrückt, grölte es aus hunderten Kehlen: „Von der Maaß bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt" – „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!" Punkt 18.00 Uhr war der Spuk vorüber – für diesen Tag.

Andrea Röpke

Stabwechsel

Die rechtsextreme Zeitschrift „Volk in Bewegung“ liegt in den Händen von NPD-Funktionären.

Der baden-württembergische Rechtsextremist Lars Käppler, bisher „Hauptschriftleiter“ der „Vierteljahresschrift für eine neue Ordnung!“ namens „Volk in Bewegung“, ist sowohl aus der Schriftleitung als auch aus dem Verlags- und Medienhaus Hohenberg OHG in Rosenberg-Hohenberg, ausgeschieden. Bis zu seinem Austritt aus der NPD 1999 war Käppler zuletzt NPD- und JN-Landesvorstandsmitglied. Später amtierte Käppler als Bundesleiter der neonazistischen Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG). 2005 kandidierte Käppler als NPD-Direktkandidat bei der Bundestagswahl. Neuerdings fungiert Käppler als Geschäftsführer eines „Weltnetzladens“ namens „Bücherherold“ (Heilbronn).

Jetziger Geschäftsführer des Verlags- und Medienhauses ist mit Roland Wuttke ein einstiger Weggefährte von Alfred Mechtersheimer (Deutschland-Bewegung). Wuttke amtiert als bayerischer NPD-Landespressesprecher, NPD-Landesvize und NPD-Bezirksvorsitzender von Oberbayern.

Die Funktion des „Hauptschriftleiters“ von „Volk in Bewegung“ hat der Österreicher Andreas Thierry übernommen. Thierry, stellvertretender Vorsitzender der baden-württembergischen NPD und Mitglied der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik, hatte 2004 die ehemalige Brauereigaststätte „Goldenes Kreuz“ in Rosenberg-Hohenberg ersteigert, die seitdem als Sitz des rechtsextremen Verlagskomplexes dient. Seit Frühjahr dieses Jahres residiert auch die NPD-Landesgeschäftsstelle in einem Teil des Anwesens. Der vom Österreichischen Gerichtshof wegen Betätigung im nationalsozialistischen Sinn zu einer Freiheitsstrafe verurteilte Neonazi Thierry, der „Rassenlehre wieder zur Grundlage einer Gesellschaftsordnung“ machen will, gilt als Ziehsohn von Herbert Schweiger, vormals SS-Untersturmführer der Division „Leibstandarte Adolf Hitler“.

Der Redaktion des Blattes gehören neben Thierry und Wuttke Bernhard Schaub und Gerd Zikeli an. Der Schweizer Schaub ist Vorsitzender des „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV). Schaub war im Dezember 2006 einer der Redner auf der so genannten Holocaust-Konferenz in der iranischen Hauptstadt Teheran. Vor Ort schwadronierte Schaub über die „Lüge von den sechs Millionen vergasten Juden“ und betrachtete „es als ein Gottesgeschenk, dass der weise und mutige iranische Präsident ... den Kampf gegen den Holocaust-Mythos“ aufgenommen habe. In den 80er Jahren wirkte Zikeli zeitweilig als Sekretär bei dem Holocaust-Leugner und Generalmajor a.D. Otto-Ernst Remer. Der frühere evangelische Pfarrer Zikeli, zwischenzeitlich aus der Kirche ausgetreten, zählt zu den ideologischen Köpfen des rechtsextremen Freundeskreises Ulrich von Hutten.

Den „Wissenschaftlichen“ Beirat von „Volk in Bewegung“ bilden die Österreicher Margit Gröhsl und Günther Rehak. Gröhsl gehörte einst dem Vorstand der Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG) an und griff für die „Klüter Blätter“ zur Feder. Rehak, vormals Minsterialbeamter, amtierte von 1975 bis 1977 als Sekretär des Bundeskanzlers Bruno Kreisky. Im November 1985 trat er nach 31-jähriger Mitgliedschaft aus der SPÖ aus. Zwei Jahre später präsentierte er sich in „Der Völkerfreund“, dem „Mitteilungsblatt“ der rechtsextremen „Österreichischen Gesellschaft der Völkerfreunde“. Seitdem ist Rehak immer wieder als Referent oder Publizist in rechtsextremen Zusammenhängen in Erscheinung getreten.

In der aktuellen Ausgabe von „Volk in Bewegung“ ist eine Rede des ungarischen Neonazis Zsolt Illes nachgedruckt, die er am 5. Mai 2007 auf dem „Europatag“ der bayerischen Jungen Nationaldemokraten gehalten hatte. Illes betonte, die Anwesenden seien „Nachfolger und Erben der kämpfenden europäischen Helden, die Europa gegen die Alliierten verteidigt haben ... auch Vorkämpfer für die Zukunft unserer weißen Kinder“.

Im vergangenen Jahr geriet das Verlags- und Medienhaus Hohenberg in die Schlagzeilen. Mit Wirkung zum 1. Juni 2006 wurde die vom Verlag herausgegebene Schrift „Neue Ordnung. Grundlagen des nationalen Welt- und Menschenbildes“ von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert. Am 7. September 2006 erfolgte die Indizierung der kompletten Internetseite. Zwischenzeitlich ist der Verlag wieder mit einer Homepage im Internet vertreten. *Anton Maegerle*

Ausland

Kampf um die weiße Rasse

Das Gesicht der extremen Rechten in den USA hat sich verändert. Die bisher dominierenden Parteien haben an Einfluss verloren. „blick nach rechts“ beschreibt die Entwicklung und Neuorientierung der Szene. (Teil I)

Unter dem Motto „Arbeit, Familie, Vaterland“ hatten die Jungen Nationaldemokraten (JN) und Freie Kräfte am 4. August dieses Jahres zum 1. Sachsentag nach Dresden geladen. Zur Unterhaltung des rechten Fußvolkes wurde ein international besetztes Line-Up von Rechtsrock-Bands aufgeboten, unter anderem mit dem US-amerikanischen Teeniduo „Prussian Blue“ (Preußisch Blau). Gesteuert von ihrer als Managerin fungierenden Mutter posierten die strohblonden 15-jährigen „Nazi Pop-Lolitas”, die Zwillingsschwestern Lamb und Lynx Gaede, deren überwiegend akustische Folk-Songs vor Reminiszenzen auf Nationalsozialismus, Rassenkrieg oder nordische Mythologie nur so strotzen, öffentlichkeitswirksam mit Hitler-Smilie-Shirts oder verfassten musikalische Lobeshymnen auf dessen Stellvertreter Rudolf Heß. Die bislang einzige offizielle CD-Veröffentlichung von „Prussian Blue“ für den europäischen Markt wird vom NPD-Verlag Deutsche Stimme vertrieben.

Die transatlantische Kooperation ist Beleg für die freundschaftlichen Verbindungen zwischen der NPD und der braunen Szene in den Vereinigten Staaten, wo „Prussian Blue“ mit ihrer ideologietragenden Musik zu den derzeit prominentesten Botschaftern der Lehre von der Überlegenheit der weißen Rasse („White Supremacy“) zählen. Gleichzeitig hat sich das Gesicht der extremen Rechten der USA in den letzten zehn Jahren deutlich verändert, vor allem alteingesessene Gruppen und Organisationen haben ihre dominierende Stellung weitgehend eingebüßt.

Mit der National Alliance (NA) aus West Virginia (gegründet 1974) befindet sich die lange Zeit bedeutendste und umtriebigste rechtsextreme US-Organisation seit dem Tod ihres kultähnlich verehrten Anführers William Pierce im Juli 2002 nahezu ungebremst im freien Fall. Interne Machtkämpfe, Missmanagement und Korruption haben die NA von ehemals mehr als 1400 Mitgliedern und einem geschätzten Jahresumsatz von rund einer Million US-Dollar auf knapp 200 Mitglieder zusammenschrumpfen lassen. Erst kürzlich wurde der letzte Vorsitzende der Neonazi-Organisation im Bundesstaat Utah zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Die Anleitung zum Rassenkrieg als Vermächtnis

Pierce, ein bekennender Nationalsozialist und Befürworter von Sklaverei und Segregation, hatte die NA in den 1980er und frühen 1990er Jahren zu einer effektiven und profitablen Propagandamaschine im Kampf gegen Rassenvermischung, zionistische Weltverschwörung und Neue Weltordnung geformt. Der Ausbau des aufgekauften Unternehmens „Resistance Records“ zum Marktführer im Vertrieb rechtsextremer Musik- und Bekleidungsartikel, bei dem heute auch die Nazi-Girlies von „Prussian Blue“ unter Vertrag stehen, sicherte den Zugang zu jungen potenziellen Rekruten und füllte durch die Erlöse ganz nebenbei auch noch die Kriegskasse der Organisation. Zum intellektuellen Vermächtnis des elitären Theoretikers Pierce gehört auch der in rechten Kreisen populäre Terroristen-Roman „The Turner Diaries”, eine fiktive Blaupause für den oft beschworenen Rassenkrieg, dessen Szenario Timothy McVeigh 1995 als Inspirationsquelle für das blutige Bombenattentat von Oklahoma City dienen sollte.

Anstatt der klassisch isolationistischen Prägung des US-amerikanischen Rechtsextremismus zu folgen, befürwortete Pierce auch immer die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit rechtsextremen Gruppierungen und Parteien. Regelmäßig besuchte er während seiner Europa-Reisen in den 1990er Jahren auch Deutschland, wo der ehemalige Physikprofessor und „besondere Freund des deutschen Widerstandes“ als Redner auf Jugendkongressen oder anderen Veranstaltungen der NPD auftrat und im Gegenzug deren Parteifunktionäre nach West Virginia in das NA-Hauptquartier einlud. Im April 2001 protestierten NA-Anhänger mit einer Solidaritäts-Demonstration vor der deutschen Botschaft in Washington, D.C. gegen ein mögliches NPD-Verbot. Neben der Stärkung der rechten Infrastruktur betrachtete Pierce die internationale Vernetzung vor allem als Motivationshilfe für die einzelnen Akteure, die sich als Teil einer sie und ihr Land weit übersteigenden „gro-

ßen“ Sache sehen könnten. Für diese gäbe es demnach heute nur eine einzige Nationalität: „weiß“.

Die Lagerkämpfe der Post-Pierce-Ära gipfelten im Frühjahr 2005 in der Spaltung der NA. Nach einem misslungenen „Putschversuch“ brach eine Reihe altgedienter Aktivisten unter der Führung des langjährigen NA-Mediendirektors Kevin A. Strom mit der Mutterorganisation und gründete National Vanguard (NV). Angetreten mit dem erklärten Ziel, die NA zu ersetzen, sammelten die um ein gutbürgerliches Profil bemühten „Modernisierer“ ihre Anhänger unter dem neuen Banner und konnten sich zumindest einige Zeit lang berechtigte Hoffnungen auf das Piercesche Erbe machen. Während des ersten Jahres nach der Gründung liefen zahlreiche lokale NA-Ortsverbände teilweise geschlossen zur NV über. Die Seifenblase zerplatzte, als Strom im Januar 2007, nur einige Monate nach seinem Rücktritt von seinen Ämtern, wegen des Besitzes von Kinderpornographie sowie der versuchten sexuellen Verführung einer Zehnjährigen verhaftet und angeklagt wurde – unverzeihliche Kapitaldelikte im rechten Verhaltenskodex. Die Organisation löste sich kurz darauf wieder auf.

„Juden sind Kinder des Satans“

Einen vergleichbaren Einschnitt bedeutete für die Aryan Nations (AN) im September 2004 das Ableben ihres Gründers Richard Girnt Butler. Mehr als drei Jahrzehnte lang hatte der selbst ernannte Pastor, in den Medien häufig als „the elder statesman of hate“ tituliert, an der Spitze der extrem antisemitischen Organisation gestanden, die Mitte der 80er Jahre auf eine Gefolgschaft von mehreren tausend Mitgliedern und Sympathisanten bauen konnte. Die meisten von ihnen hängen der rassistischen „Christian Identity“-Ideologie an, einer verbreiteten pseudo-religiösen Lehre, nach der Juden als „Kinder des Satans“ gelten und alle nichtweißen Völker als seelenlose „Schlammmenschen“ angesehen werden.

Die AN verfielen nach Butlers Tod in mehrere rivalisierende Splittergruppen und treiben langsam aber sicher der Bedeutungslosigkeit entgegen. Den Unmut der rechten Szene erregte eine dieser Fraktionen in den vergangenen Monaten mit ihren allzu offenherzigen Allianzangeboten an radikal-islamistische Jihad-Krieger. Trotz des gemeinsamen Feindes Israel ging eine Verbrüderung mit Al-Qaida oder Hamas selbst hart gesottenen US-Rechtsextremisten zu weit. In der Vergangenheit verübten gewaltbereite Anhänger der AN immer wieder blutige Gewaltverbrechen, deren Hauptziele Juden oder ethnische Minderheiten waren. Gleiches gilt für die heute Creativity Movement genannten Überreste der ehemalige World Church Of The Creator (WCOTC), deren ehrgeiziger Anführer Matthew Hale Mitte 2005 wegen der Anstiftung zum Mord an einer Bundesrichterin zu 40 Jahren Haft verurteilt wurde.

Braune SS-Uniformen und Hakenkreuz-Armbinden

Größter Nutznießer des entstandenen Führungsvakuums ist bislang die bereitwillig als Auffangbecken fungierende paramilitärische Gruppierung The Nationalist Socialist Movement (NSM), auch bekannt als „American Nazi Party“, die mittlerweile zur größten rechtsextremen Organisation in den USA avanciert ist. Mit Erfolg setzte die in Minneapolis ansässige Organisation in der Öffentlichkeit dabei immer wieder auf einen Mix aus Aktivismus, Provokation und Profitinteresse. Die NSM unterhält einen Musikvertrieb („NSM 88 Records“), diverse Radioprogramme und ist 2006 mit dem Erwerb der „Whites Only“-Partnerbörse „Newsaxon.com“ auch ins Online-Geschäft eingestiegen. Der etwa 200 Personen umfassende harte Kern der Mitglieder zeigt sich auf Kundgebungen, Aufmärschen oder anderen Veranstaltungen demonstrativ in nachgebildeten braunen SS-Uniformen inklusive Hakenkreuz-Armbinden und schwarzen Lederstiefeln. Führerkult und die Gründung eines „Großamerikas“ sind ebenso im Programm festgeschrieben wie der Entzug der Staatsbürgerschaft aller Nicht-Weißen, Juden und Homosexuellen.

Wegen ihres offensichtlichen Uniform-Fetischismus werden die NSM-Anhänger, die von der eigenen Führungsspitze strikt angewiesen sind, keine Straftaten zu begehen, oft spöttisch als „Hollywood Nazis“ bezeichnet und speziell von Teilen der Skinhead-Szene angefeindet. Empörung löste im vergangenen Jahr das Bekanntwerden von Verbindungen eines hochrangigen NSM-Funktionärs zu einer okkultistischen Sekte namens „Joy of Satan“ (Freude des Satans) aus, in dessen Folge einige Mitglieder die Splittergruppe American National Socialist Workers Party (ANSWP) gründeten. *(Fortsetzung folgt)* *Michael Funk*

Schwarze Miliz

„Ungarische Garde“ will das „seelisch wehrlose“ Land verteidigen.

Am 15. September demonstrierten 5000 Rechtsextremisten auf der Budapester Burg gegen die ungarische Regierung. Unter den Demonstranten waren auch Mitglieder und Sympathisanten der rechtsextremen Partei Jobbik (Für ein besseres Ungarn).

Jobbik machte erst vor kurzem Schlagzeilen durch die Gründung der paramilitärischen „Ungarischen Garde“. Am 25. August waren von der von dem 29-jährigen Gabor Vona geführten Partei 56 uniformierte Männer im historischen Burgviertel Budapests dafür vereidigt worden. Die schwarzen Uniformen dieser Miliz tragen das Emblem der rot-weiß gestreiften Arpad-Fahne, die einst die faschistischen Pfeilkreuzler schwangen. Ziel der Gardisten ist, das „physisch, geistig und seelisch wehrlose“ Ungarn zu verteidigen. Bei der Vereidigung wurde ihnen prominente Unterstützung zuteil. Der frühere Verteidigungsminister Lajos Für (Mitbegründer des Demokratischen Forums; MDF) überreichte den Gardisten ihre Urkunden. Die rechtskonservative Oppositionsabgeordnete Maria Wittner vom Ungarischen Bürgerverband (Fidesz) hielt eine Rede. Ein katholischer, ein evangelischer und ein reformierter Pfarrer weihten die Fahne der Garde. Zugegen bei dem Spektakel waren 3000 Personen, darunter die rechtsextremen Goj-Motorradfahrer. Zu den Köpfen der „Ungarischen Garde“ zählen unter anderem Andras Bencsik, Chefredakteur der rechtsextremen Wochenzeitung „Demokrata“ und Mitglied der Kulturabteilung des Ungarischen Bürgerverbandes, und Gabor Staudt, Stadtrat von Für ein besseres Leben in Budapest.

Die stramm Roma-feindliche Partei Für ein besseres Leben wurde 2003 von rechtsextremen Universitätsstudenten gegründet. Bei den Parlamentswahlen 2006 trat die Partei auf einer gemeinsamen Liste mit der Wahrheits- und Lebenspartei an. Mit nur 2,2 Prozent scheiterten die Rechtsextremisten an der Fünf-Prozent-Hürde. Bei den Kommunalwahlen im Oktober 2006 dagegen gelang den Rechtsextremisten der Sprung in einige Rathäuser, darunter in Debrecen, der drittgrößten Stadt Ungarns.

Anton Maegerle

Seitenblick

Einigende Feindbilder

Islamismus und Rechtsextremismus: Gemeinsamkeiten und Abgrenzung

Rechtsextremisten und Islamisten pflegen gemeinsame Feindbilder: Judentum, Israel, USA und die westliche Moderne. Eine kontinuierliche Kooperation zwischen beiden verfassungsfeindlichen Gruppierungen ist jedoch undenkbar. Kurzfristige sowie punktuelle Verbindungen zwischen Rechtsextremisten sind nur von „oberflächlicher Natur“. Rechtsextremisten reden viel über den Islam, den sie fälschlicherweise als homogenes Gebilde erachten, nicht jedoch mit den Vertreter/innen dieser in sich zersplitterten Religion. So die Meinung von Claudia Dantschke, Mitarbeiterin des Berliner Zentrums Demokratische Kultur, und Walter Jung, Mitarbeiter des baden-württembergischen Landesamtes für Verfassungsschutz.

Jung und Dantschke referierten am 18. September in Stuttgart zum Thema „Islamismus – Rechtsextremismus: Gemeinsamkeiten, Abgrenzung und die Rolle des Antisemitismus“ auf einer Veranstaltung des Fritz-Erler-Forums in Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz. Einig waren sich die Referenten darin, dass die Positionen deutscher Rechtsextremisten zum Islam sowie Islamismus alles andere als eindimensional sind: so stehen neben fremdenfeindlichen rechtsextremen Äußerungen Forderungen, Bündniskonstellationen gegen gemeinsame Feindbilder anzustreben. Einerseits rufe die rechtsextreme Szene zu Demonstrationen gegen Moscheen unter anderem in Köln und Berlin auf und propagiere die Ausweisung muslimischer „Zivilokkupanten“, andererseits sehen Rechtsextremisten in hiesigen muslimischen Parallelgesellschaften „Verbündete auf Zeit“ gegen den angeblich vorherrschenden linken Mainstream. Als positiver Gegensatz zur „westlichen Dekadenz“ werde in rechtsextremen Kreisen der islamische Fundamentalismus bewundert. Auch im gegen das Individuum gerichteten islamischen Gemeinschaftgedanken können sich Rechtsextremisten wiederfinden. Außenpolitisch werde der Islamismus als potenzieller Bündnispartner gemäß dem Motto „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ wahrgenommen.

Anton Maegerle

Grauzone

Faktenverdrehung

Die „Junge Freiheit“ stellt die Politik der Familienministerin Ursula von der Leyen in die Tradition des Nationalsozialismus.

Wenn sie es richtig und geschickt anstelle, werde sich Eva Herman als Opfer einer Medien-Verschwörung hinstellen können, auch wenn sie niemand gezwungen habe, beim Thema Familie derart unsäglich von der Zeit des Nationalsozialismus zu faseln – so ein Kommentar in der Online-Ausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 15. September 2007. Da war die passende Verschwörungstheorie bereits in der neurechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) vom 14. September nachzulesen: „Die Jagd ist eröffnet…“. Nach ihrer Propagierung eines traditionellen Familienmodells sei zu erwarten gewesen, dass einflussreiche Kräfte auf den Rauswurf der NDR-Moderatorin hinarbeiten würden. Nun bestehe der eigentliche Skandal im Sprachverbot für diejenige, die vom feministischen Mainstream und der herrschenden Einheitsmeinung abweiche – so JF-Chefredakteur Dieter Stein. Auch der flugs in das Internet gestellte Blog eva.opponent.de sieht Eva Herman als jüngstes Opfer politischer Unterdrückung in der Bundesrepublik.

Autorin Eva Herman („Das Eva-Prinzip – Für eine neue Weiblichkeit“, „Vom Glück des Stillens“, „Das Prinzip Arche Noah – Warum wir die Familie retten müssen“) trifft in der JF schon lange auf Zustimmung. Ihre Diagnose: Seit der „68er-Kulturrevolution“ sind Frauen wie Männer ihrer natürlichen Bestimmung entfremdet. Das egalisierende Streben nach Gleichberechtigung und eine Ideologie der Selbstverwirklichung lassen nur Opfer zurück. Frauen werden zum Einbruch in berufliche Männerdomänen und zur neurotischen Unterdrückung ihres Kindeswunsches gezwungen, Männer degenerieren zum Softie und „Weichei“. Damit verleugnen beide ihre biologische Grundausstattung, denn: „Nie in der Menschheitsgeschichte haben die Männer freiwillig Hausarbeiten verrichtet oder Kinder aufgezogen, aufgrund ihrer Veranlagungen sind sie auch nicht dafür vorgesehen.“ („Das Eva-Prinzip“). Dieser Irrweg müsse durch Rückbesinnung auf das klassische Familienbild und eine „Neue Weiblichkeit“ korrigiert werden, sonst drohe der demographische Selbstmord der Deutschen.

Diese Reduzierung der Frau auf Mutterschaft und das Hüten des Herdes reicht durch die Scheinidylle der Fünfziger zurück in die Dreißiger Jahre. Insofern muss man der Autorin förmlich dankbar sein, mit dem Lob des NS-Familienbildes („das sind Werte, das sind Mütter, das sind Familien, das ist Zusammenhalt“) auf die Wurzeln ihres Denkens hingewiesen zu haben. Die Nähe geht bis in einzelne Formulierungen. So schreibt der NS-Chefideologe Alfred Rosenberg im Jahre 1934: „Emanzipation der Frau von der Frauenemanzipation ist die erste Forderung einer weiblichen Generation…“. Die Zeitschrift „NS-Frauenwarte“ stellt im gleichen Jahr klar: „…ihre Welt ist der Mann, ihre Familie, ihre Kinder und ihr Haus“. Der NS-Staat regelte das Geschlechterverhältnis in diesem Sinne nachhaltig durch steuerliches Ehegattensplitting, die Kampagne gegen „Doppelverdiener“, drastische Reduzierung der Zahl von Studentinnen, Verdrängung von Frauen aus höheren beruflichen Positionen wie Ausschluss vom Richteramt.

„Lufthoheit über Kinderbetten“

Für die „Junge Freiheit“-Autorin Ellen Kositza steht dagegen fest: Der Verdacht gegen Eva Herman ist nur angedichtet. Und sie dreht den Spieß um und nimmt ein modernisiertes CDU-Frauenbild und insbesondere die Familienministerin Ursula von der Leyen ins Visier. Während die geschmähte Autorin Herman nur den vormals geschützten Innenraum von Familie und Kindespflege retten wolle, habe laut Kositza „die NS-Familienpolitik vieles von dem vorexerziert, was maßgeblich zur von der Leyenschen Propaganda gehört: eine unverhohlene Gebäroffensive (…) gepaart mit der Maxime ‘Frauen in die Produktion’“. Der NS-Staat habe die „Lufthoheit über Kinderbetten“ angestrebt: „die Kinder früh unter staatliche Kontrolle zu bringen, die Mütter (ideologisch entsprechend angefüttert) für Belange der Wirtschaft zu verheizen“. Das Programm der „Krippenministerin von der Leyen“ sei, so Kositza, „verdächtig ähnlich“.

Michael Pechel

Allianz der Gottesfürchtigen

Die erzkonservative Partei Bibeltreuer Christen bereitet Zusammenschluss mit Gleichgesinnten vor.

Walter Weiblen hat Wort gehalten. Als der ehemalige DaimlerChrysler-Manager 2005 Bundesvorsitzender der erzkonservativen Partei Bibeltreuer Christen (PBC) wurde, kündigte er „professionellere Strukturen" an. Der Ingenieur und Unternehmensberater will aus der 5000 Mitglieder zählenden PBC eine Art Speerspitze unter den christlich-fundamentalistischen Organisationen machen. Und auf dem Weg zu diesem Ziel dürfte der PBC-Bundesparteitag am 12. und 13. Oktober im hessischen Kirchheim eine wichtige Etappe sein: Dort wird voraussichtlich die Zusammenführung mit der Deutschen Zentrums-Partei beschlossen. Weitere Parteien aus diesem Spektrum sollen folgen.

Als Schritte gegen die „Innenweltvergiftung der Menschen unseres Landes", so der PBC-Ehrenvorsitzende Pastor Gerhard Heinzmann, verlangt die PBC in ihrem gültigen Grundsatzprogramm unter anderem, dass die Ehescheidung erschwert und für unverheiratete junge Frauen ein Soziales Jahr eingeführt werden müsse. Nach Auffassung der Partei sollten die „antigöttlichen Praktiken" Astrologie, Wahrsagerei und Horoskope in allen Schulen und Bildungseinrichtungen verboten werden. Prostitution müsse scharf überwacht und Pornographie ebenso wie „gotteslästerliches" Schrifttum illegal sein, so das PBC-Grundsatzprogramm. „Kuppelei" und Homosexualität mit Jugendlichen sollten wieder strafbar sein. Außerdem müssten Schulgebete eingeführt werden und der schulische Unterricht durch Bibelunterweisungen für sämtliche Schüler gekennzeichnet sein.

In einem Flugblatt zur Bundestagswahl 2005 wird ergänzt: „Bis zum Beweis des Gegenteils wollen wir in Bildungseinrichtungen in staatlicher Trägerschaft biblische Aussagen zu allen Lebensbereichen, insbesondere zum Menschenbild und zur Schöpfung, gleichrangig neben anderen weltanschaulichen Deutungen vermittelt sehen." Weitere Forderungen sind die „Begrenzung der weiteren Zuwanderung" von Ausländern und ihre „freiwillige Rückkehr in die Heimatländer".

Auch für die „Stärkung eines gesunden Nationalbewusstseins" legt sich die PBC laut Programm ins Zeug – und das nicht nur in der Theorie. In einem PBC-internen Bericht zum Bundesparteitag im November 2006 ist nachzulesen: „Auf Vorschlag aus dem Plenum sangen wir zum Tagesabschluss gemeinsam die Nationalhymne. Dies wird uns noch lange in Erinnerung bleiben, weil es ein Element war, das Jesus in diesen Parteitag eingewoben hat. So was kann man nicht planen; es entsteht durch die Wirkung des Heiligen Geistes."

Ein weiteres PBC-Schwerpunktthema ist die Abtreibung. Dazu heißt es in einem zentralen Flugblatt des Bundesvorstandes: „10 Millionen heimtückisch im Mutterleib getötete Kinder seit Kriegsende auf deutschem Boden schreien zum Weltenrichter und verklagen uns erneut. Hitler hatte Krematorien, heute macht es die zuständige Klinik. Anstelle von Massengräbern genügen heutzutage Mülltonnen. Früher die Juden – entrechtet und wehrlos: 'Untermenschen'. Heute die noch Ungeborenen." Klar fällt auch die Frontstellung in der „Islam-Frage" aus. In dem PBC-Flugblatt „Jesus oder Muhammad? Islam oder Christentum?" ist von der „dämonischen Macht des Islam" die Rede, die gebrochen werden müsse. Auch die Juden will man missionieren und „bekehren". Die PBC meint, dass sich nach der Wiedererrichtung Israels durch Gott ein letzter Kampf zwischen diesem und dem Teufel ergibt. Während dieses Kampfes müsse Gott unterstützt werden, bis sich am Ende ganz Israel zu Jesus Christus bekennen werde.

Bevor es soweit ist, wollen die erzkonservativen Christen in einer neuen Partei ihre Kräfte bündeln. Das ist der Hintergrund der Fusion zwischen PBC und der Zentrumspartei, der die Mitglieder beider Parteien im Herbst zustimmen sollen. Walter Weiblen : „Mittelfristig streben wir in einer christlichen politischen Bewegung in Deutschland ein Wachstum auf 50 000 Mitglieder an und wollen stabil ein Wählerpotenzial zwischen acht und zehn Prozent erschließen." Schon 2009 solle sich bei den Europa- und Bundestagswahlen „eine Allianz aller christlichen Kräfte für eine Neuausrichtung der Politik" zur Wahl stellen. Weiblens Credo: „Wir dürfen gespannt sein, wohin Gott das alles führen wird." Die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) jedenfalls lastet der PBC „eine Form religiösen Größenwahns" an.

Thomas Klaus

Demokratische Initiativen

Einblicke mit Hintersinn

Gedenkausstellung: Willy-Brandt-Haus zeigt zwei Fotoreportagen von Henry Ries.

Die Befreiung vom nationalsozialistischen Terrorregime im Frühjahr 1945 brachte längst nicht für jeden jüdischen Überlebenden wirkliche Freiheit. Als „displaced persons" fristeten hunderttausende von ihnen auch noch 1947 ein kärgliches Leben in Lagern und anderen Provisorien. Ihr Reiseziel Palästina war ihnen zur Zeit der britischen Mandatsherrschaft versperrt, und nur wenige konnten illegal in ihr Zielland einwandern. Dem Fotografen Henry Ries gelang es, das Schicksal dieser Menschen auf ihrer erzwungenen Zwischenstation in zwei Reportagereihen festzuhalten. Sechzig Jahre nach den Ereignissen und im Jahr von Ries' neunzigstem Geburtstag zeigt der „Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V." die Ausstellung „Unvergessliche Momente Holocaust Überlebender".

Durch Zufall stieß Ries Anfang November 1947 auf das Rothschild-Spital in Wien, wo nach Ende des Krieges nicht nur ein provisorisches Flüchtlingslager, sondern ein Mittelpunkt jüdischen Lebens entstanden war. Der Fotograf wartete eigentlich in Wien nur auf ein Visum für die geplante Weiterreise nach Budapest, doch letztlich wurde die „Entdeckung" des Rothschild-Spitals für ihn zum Reisezweck schlechthin. Seine Aufnahmen, die er samt und sonders mit dem Einverständnis der Fotografierten machte, liefern detailreiche Einblicke in den Lageralltag: Junge Juden, die sich mit Sprachunterricht auf die geplante Übersiedlung nach Palästina oder auch in die USA vorbereiten, Gottesdienst in der Synagoge, lachende Gesichter auf der Krankenstation – Henry Ries machte mit jedem Bild deutlich, dass es ihm um die aufgenommenen Menschen ging. Sein vorgesetzter Redakteur bei der „New York Times", für die Ries arbeitete, schickte ihm ein Glückwunschtelegramm für die gelungenen Fotos aus der Wiener Flüchtlingseinrichtung.

Es seien vor allem Juden aus Osteuropa gewesen, die sich in deutschen wie auch österreichischen Lagern auf ihre Auswanderung nach Palästina oder die USA vorbereiteten, erklärte Helmuth F. Braun vom Jüdischen Museum Berlin bei der Ausstellungseröffnung im Willy-Brandt-Haus. In der Sowjetunion, in Polen und anderen osteuropäischen Ländern seien Juden nach 1945 Pogromen ausgesetzt gewesen, so dass der Flüchtlingsstrom Richtung Westen lange Zeit kaum abriss.

Von einem gescheiterten Versuch, illegal nach Palästina zu gelangen, erzählt die zweite Fotoreportage von Henry Ries, die in der Ausstellung zu sehen ist: Im Sommer 1947 war das Schiff „Exodus" in Südfrankreich gestartet, um 4500 Flüchtlinge nach Palästina zu bringen. Doch die britische Marine hinderte das Schiff an der Landung; es musste mitsamt seinen Passagieren nach Hamburg fahren, wo die Menschen gewaltsam in das Displaced-Persons-Lager Pöppendorf transportiert wurden. Henry Ries fotografierte in diesem Fall ohne offizielle Erlaubnis. Seine Bilder heben wiederum das Einzelschicksal hervor, ohne Personen vorzuführen. Seine Sensibilität im Umgang mit anderen war sicher auch Folge seines eigenen Schicksals: Als Heinz Ries 1917 in Berlin-Wilmersdorf geboren, wollte der Sohn aus aufgeklärter, deutsch-jüdischer Familie Musiker werden. Da nach 1933 ein solcher Berufsweg nicht mehr möglich war, machte er eine Fotolehre. Als der Naziterror zunahm, beschloss Ries, das Land zu verlassen. 1938 wanderte er in die USA aus. Als Angehöriger der US-Army und Fotograf kehrte er 1945 erstmals nach Europa zurück. Mit seinen Reportagen über die Menschen in den zerstörten Städten oder über die Luftbrücke nach Berlin erlangte Ries Weltruhm.

Über Henry Ries' Leben und Arbeit berichteten bei der Ausstellungseröffnung seine Witwe Wanda, sein Neffe Ken Green und der Berliner Kulturstaatssekretär André Schmitz, der dem Fotografen bei mehreren Berlin-Aufenthalten begegnet war. Der engen Verbindung, die Ries bereits zu Lebzeiten zu seiner Vaterstadt pflegte, ist es zu verdanken, dass mittlerweile sein vollständiges Werk in Berlin ist. Ein Teil der Fotografien befindet sich in der Berlinischen Galerie, das Gros seiner Aufnahmen überließ Wanda Ries dem Deutschen Historischen Museum. Henry Ries selbst kehrte nach seinem Tod im Jahr 2004 zu seiner letzten Ruhe nach Berlin zurück. *Gudrun Giese*

Bis zum 28. Oktober, im Willy-Brandt-Haus, Stresemannstr. 28, 10963 Berlin.

Meldungen

„Deutsche Einheit“ der NPD

Gräfenberg – Die bayerische NPD mobilisiert für einen „Politischen Frühschoppen“ am 3. Oktober, der auf dem Marktplatz in Gräfenberg stattfinden soll. Neben Livemusik, Kinderprogramm, Infoständen und 250 Litern Freibier sollen als Redner die NPD-Funktionäre Eckart Bräuniger, Ralf Ollert und Matthias Fischer auftreten. Der Ex-Söldner Bräuniger ist NPD-Landesvorsitzender in Berlin, Ollert führt die NPD als Vorsitzender in Bayern, und Fischer, bayerisches NPD-Landesvorstandsmitglied, war früher Kopf der zwischenzeitlich verbotenen Neonazitruppe „Fränkische Aktionsfront“ (F.A.F.). In dem NPD-Aufruf zur Veranstaltung heißt es: „Deutschland ist heute im Jahr 2007 immer noch ein fremdbestimmtes und geteiltes Land. Die ostdeutschen Länder wie Schlesien, Ostpreußen, Sudetenland usw. leben nach wie vor unter der Knute fremder Regime.“ Die NPD will „ein deutliches Zeichen für wahre Freiheit und Selbstbestimmung“ setzen. Die „deutsche Einheit“ könne nur in einem souveränen, von ausländischen Interessen unabhängigen nationalen Volksstaat erreicht werden.“ Denn schließlich gilt für die NPD: „Deutschland ist nicht die BRD!“ (am)

Unterstützung der NPD

Dresden – Das rechtsextreme „Nationale Bündnis Dresden“ hat beschlossen, bei der Stadtratswahl 2009 nicht mehr selbst antreten, sondern die offenen Listen der NPD unterstützen. Bei der Kommunalwahl im Juni 2004 hatte das „Nationale Bündnis Dresden“ (NB) 4 Prozent erzielt und zog mit drei Sitzen in den Dresdner Stadtrat ein. Auf einer Mitgliederversammlung des rechtsextremen NB am 4. September wurden alle bisherigen Vorstandsmitglieder in ihrem Amt bestätigt: Vorsitzender bleibt der NPD-Bundesvize und NPD-Fraktionsvorsitzende im sächsischen Landtag Holger Apfel, seine Stellvertreter sindWolfgang Schwarz (NB-Stadtrat in Dresden) und Frithjof Richter (NB-Ortsbeirat in Blasewitz), Beisitzer sind weiterhin Jens Baur (NPD-Kreisvorsitzender), René Despang (MdL), Frank Rohleder (Mitglied des NPD-Parteivorstandes), Holger Szymanski (stellvertretender Chefredakteur der „Deutschen Stimme“) und Harald Zander (stellvertretender NB-Ortsbeirat in Blasewitz und Vorsitzender des NPD-Landesschiedsgerichts Sachsen). Zander übernimmt auch wieder die Funktion des „Kassenwarts“. Gastreferent der NB-Versammlung war das NPD-Bundesvorstandsmitglied Andreas Molau. Molau, NPD-Spitzenkandidat zur Landtagswahl in Niedersachsen, rief die Anwesenden zur Teilnahme an der NPD-Wahlkampfauftaktveranstaltung am 15. September in Hannover auf und warb um Unterstützung des Wahlkampfes. „Die NPD", so Molau, darf nicht nur ein mitteldeutsches Phänomen bleiben!“. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de